

Es folgt eine halbe Stunde Information mit Barbara Schieder.

Ö1. Morgen, Journal.

Guten Morgen, sagt Barbara Schieder an diesem Samstag den 1. April.

Die Anklage gegen Donald Trump sorgt bei seinen Unterstützern für Proteststürmer, sie sehen den Rechtsstaat in den USA in Gefahr.

Eine Serie von Wirbelstürmern

räute unterdessen auf den Süden und mittleren Westen der USA zu.

Die Ersten haben bereits schwere Schäden angerichtet und drei Todesopfer gefordert.

Pflegeschulen sollen jungen Menschen

den so dringend benötigten Beruf schmackhaft machen.

Ihre Zahl soll sich in den nächsten beiden Jahren

in Österreich nahezu verdoppeln.

Subsidiär-Schutzberechtigten in Leere bleibt kaum etwas von ihrem Verdienst, keine kleine Hürde auf dem Weg zur Integration.

Der Gesetzentwurf, der den Anteil von Biogas in Österreich ankurbeln soll, ist Kritikern zu wenig ambitioniert, sie befürchten außerdem höhere Preise.

Die Kultur entführt uns heute unter anderem zur Art Tüsseldorf

und wohin es mit dem Wetter geht, weiß Verena Schöpfer.

Zwischen einem Hoch über Skandinavien und einem Tief

über den bayerischen Staaten wird ab morgen kühlere,

ab Montag sogar deutlich kältere Luft zu uns gepumpt.

Dann ist auch im Flachland wieder mit mäßigen Morgenfrost zu rechnen.

Die aktuellen Meldungen.

In Wien ist es stark bewirkt bei 10° in Eisenstadt bei 11°.

St. Pölten und Linz melden stark bewirkt und 8°.

Salzburg meldet ein paar Regentropfen bei 7°.

In Innsbruck ist es stark bewirkt bei 4°.

In Bregenz ist es bei 8°.

Graz meldet Nebel und 7° und Klagenfurt Nebel und 5°.

Es bleibt heute überwiegend bewirkt mit ein paar Regen und Schneeschauen.

Auch einzelne Gewitter sind möglich.

Vor allem am Nachmittag in Kärnten der südlichen Steiermark

und im Süden des Burgenlands.

Die Schneefallgrenze pendelt um 1200 Meter.

Meist nur etwas Sonne zwischendurch, etwas mehr Sonnenschein

geht sich da im Osten und Süden aus,

etwa wenn sich der Frühnebel im Klagenfurter Becken aufgelöst hat.

Zum Teil kräftiger mit und auch stürmischer Westwind.

Die Temperaturen steigen meist auf 8° bis 17°,

17° aber nur mit mehr Sonne.

Man sollte meinen, es gebe in Donald Trumps Fall gravierenderer

Gesetzesverstöße, doch jetzt scheint der amerikanische Ex-Präsident

ausgerechnet über Schweigegeld an die Porno-Darstellerin Stormy

Daniels zu stolpern.

Verbucht als Anwaltskosten im Wahlkampf.

Die erste Anklage in der Geschichte der USA gegen einen ehemaligen Präsidenten, der zu dem auch noch wieder antreten will, hat gestern hohe Wellen geschlagen.

Das Wort Hexenjagd hat da nicht lange auf sich warten lassen und Trump-Unterstützer sehen den Rechtsstaat in Gefahr.

Berichtet aus Washington, Thomas Langpaul.

Es ist das erste Mal, dass sein ehemaliger Präsident angeklagt wird für die USA, politisches und juristisches Neuland.

Donald Trump sieht sich als Opfer von politisch motivierter Justiz beteuert seine Unschuld.

Einer seiner Anwälte, Joe Tacopina, nennt die Schweigegeldzahlung ein privates Geschäft, an dem auch die FEC, die Bundeswahlbehörde, keinen Anstoß genommen hat.

Er wird politisch verfolgt, das ist vielen klar, rechts und links.

Wir als Amerikaner sollten besorgt sein, heute ist es Trump, morgen ein Demokrat.

Wir müssen uns um den Rechtsstaat sorgen, weil diese Anklage wäre gegen niemand vorgebracht worden, dessen Name nicht Donald Trump ist.

Ganz ähnlich argumentieren die politischen Verbündeten von Donald Trump wie Kongressabgöhrneter Barry Moore aus Alabama.

Ich bin im Müllgeschäft und ich erkenne Müll.

Das sieht aus wie ein Haufen Müll, das sieht politisch motiviert aus.

Der angeklagte Donald Trump sammelt in dessen Wahlkampfspenden hält an seiner Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2024 fest.

Bei seinen Anhängern scheint ihm die Anklage bis jetzt nicht zu schaden.

Der republikanische Parteistrategie Doug Hay warnt jedoch vor langfristigen Folgen.

Kurzfristig kann das erfolgreich sein, langfristig kann niemand in der Partei sagen, ob es aus Trump einen Mehrtürer macht.

In der allgemeinen Wahl werden unabhängige Wähler mit so etwas nichts zu tun haben wollen, so oder so.

Ähnlich sieht es Bill Barr, Justizminister der Regierung Trump.

Politisch wird das der republikanischen Parteishaden, die Demokraten können dabei eigentlich nicht verlieren.

Die meisten Demokraten halten sich mit Aussagen zur Anklage zurück.

Präsident Joe Biden will die Kaiser nicht kommentieren.

Elizabeth Warren, Senatorin aus Massachusetts, red zur Messigung und dazu, das Verfahren vor Gericht abzuwarten.

Ich glaube, es wäre gut, wenn so viele Leute wie möglich tief durchatmen, einen Schritt zurückmachen und sagen,

das ist das juristische Verfahren.

Donald Trump wird viele Gelegenheiten haben,

seinen Standpunkt vor Gericht zu vertreten.

Die Anklage wird dieselben Möglichkeiten haben.

Lassen wir das ausspielen.

In New York sind bis Dienstag noch einige Details zu klären,

etwa wie mit dem Personenschutz,

auf den Trump als Ex-Präsident Anspruch hat,

im Gericht umgegangen werden wird,

während Polizeifotos gemacht werden und Fingerabdrücke genommen werden.

Auf Handschellen will die Staatsanwaltschaft jedenfalls verzichten,

heißt es in New York.

Finanziell scheint sich die Anklage für Trump jedenfalls auszuzahlen.

Seit deren Bekanntwerden sind mehr als 4 Mio. Dollar an Spenden

auf seinem Wahlkampfkonto eingegangen.

Ungemach ganz anderer Art sagt im Süden und mittleren Westen der USA,
derzeit für Zerstörung, erste Todesopfer und viele Verletzte.

Zwei Tornados im Bundesstaat Arkansas

dürften nur der Auftrag der ganzen Serie sein.

Das Sturmszentrum sagt für die kommenden Stunden

mehr als 40 weitere Wirbelstürme

insgesamt sechs Bundesstaaten voraus Fabio Pauli berichtet.

Begonnen hat es in der Umgebung der Stadt Little Rock in Bundesstaat Arkansas.

Zwei Tornados haben dort ernsthafte Verwüstungen angerichtet.

Die Stadt hat binnenkürzester Zeit die Nationalgarde um Hilfe gebeten.

Die Gouverneurin von Arkansas Sarah Hacker-Bissanders

hat den Notstand für den ganzen Bundesstaat ausgerufen,

was es vor allem möglich macht, rasch finanzielle Hilfsmittel

zur Verfügung zu stellen.

Wirklich schlimm getroffen hat es aber wenig später

die Kleinstadt Winn in der Nähe von Little Rock.

Dort hat ein Tornado eine Spur der Verwüstung hinterlassen

und die Stadt praktisch in zwei Hälften zerrissen.

Mindestens drei Menschen sind durch den Sturm ums Leben gekommen.

Bäume sind umgeknickt, Autos wurden aufs Dach geworfen,

Dächer abgedeckt, ganze Häuser dem Erdboden gleichgemacht.

In mehreren beschädigten oder eingestürzten Häusern

soll noch Menschen eingeschlossen sein.

Im Norden von Illinois sind baseballgroße Hagelkörner niedergegangen.

In Tennessee wurde der Tornado Notstand ausgerufen.

In sechs Bundesstaaten erwarten die Wetterstationen derzeit

mehr als 40 mögliche Tornados.

In acht Bundesstaaten sind durch schwere Unwetter

und die aktuellen Tornados derzeit 300.000 Haushalte ohne Strom.

Damit nach Österreich der Bedarf an Pflegekräften ist enorm, die Arbeitsbedingungen schwierig, soweit so bekannt. Pflegeschulen sollen mehr junge Menschen für diesen Beruf begeistern. 16 davon gibt es schon bisher aber nur als Schulversuch. Ab dem kommenden Schuljahr kommen sie als Teil der Pflegereform in den Regelschulbetrieb. Binnen zwei Jahren soll sich ihre Zahl außerdem verdoppeln, berichtet Niklas Lacher. Mit den neuen Pflegeschulen werden eine Ausbildungslücke geschlossen, betont Bildungsminister Martin Polaschek von der ÖVP. Eine solche Schultyp hat es in Österreich noch nicht gegeben. Bisher nur als Schulversuch an 16 Standorten. Die werden ab dem kommenden Schuljahr nun in den Regelschulbetrieb übernommen. Damit kommen zwei neue Schultypen für die Pflege dazu. Nämlich eine fünfjährige und eine dreijährige Berufsbildende, neben der Fachschule für Sozialberufe mit Pflegevorbereitung gibt es noch die höhere Lehranstalt für Pflege- und Sozialbetreuung. Dort schließen die Schülerinnen und Schüler nach fünf Jahren mit der Matura und der Pflegefachassistenz ab. Im neuen Schuljahr kommen nun zehn zusätzliche Standorte dazu, betont der Bildungsminister. Es werden dann bei der Schule 24, 25 noch weitere dazukommen, sodass wir dann insgesamt 30 Pflegestuhlstandorte haben werden. Damit die Zahlen nahezu verdoppeln. Für das kommende Schuljahr sind für die Pflegeschulen 50 Millionen Euro budgetiert. Bis 2026 stehen insgesamt 350 Millionen zur Verfügung. Wir werden im Vollausbau ungefähr 8.000 Ausbildungsplätze anbieten können. Schülerinnen und Schüler sollen dann auch Praxisphasen in Pflegeeinrichtungen absolvieren, in einem Bereich, der ohnehin schon über Personalmangel klagt. Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch Fachpersonal seit der noch sichergestellt, sagt Polaschek. Es ist so, dass ja schon beim Errichtungsantrag auch entsprechende Partner-Einrichtungen genannt werden müssen. Das heißt, es muss gewährleistet sein, dass auch die entsprechenden Übungsmöglichkeiten in solchen Einrichtungen bestehen. Belastende Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung. Dass Schülerinnen und Schüler von der Praxis abgeschreckt werden und nach der Schule einen ganz anderen Berufsweg einschlagen,

hält der Bildungsminister für wenig wahrscheinlich.
Pollaschek geht davon aus.
Dass Schülerinnen und Schüler dann sehr wohl gerade in diese Berufe gehen,
weil es schon eine ganz spezielle Schule eben ist,
mit diesen Praxisanteilen.
Das heißt, wenn jemand eine andere berufliche Laufbahn vor Augen hat,
dann wird er oder sie sich das ja gar nicht antun.
Eines ist für den Bildungsminister aber auch klar.
Alleine durch die Pflegeschulen
werde der Personalmangel in der Pflege nicht behoben.
Deutschlern arbeiten gehen nicht von der Sozialhilfe-Leben,
das vordert die Politik gerne von jenen, die nach Österreich geflüchtet sind.
Doch es gibt gar nicht so wenige, insbesondere junge Menschen,
die genau das wollen, aber vom System daran gehindert werden.
Das Grundversorgungssystem vordert von Lehrlingen,
die nur subsidiär schutzberechtigt sind,
nämlich die Lehrlingsentschädigung zurück.
Viel Geld zum Leben bleibt da nicht, Berte Tomasowitsch berichtet.
Mahdi ist 18 Jahre alt, er kommt aus Afghanistan
und lebt nun schon seit sieben Jahren
in einer Wohngemeinschaft von Jugendammwerk in Salzburg.
Gleich beim Kennenlernen erzählt er mir voll stolz von seiner neuen Arbeit.
Ich habe jetzt einen Lehrestellarzt, Karosserie-Bau-Technik,
und ich arbeite halt mit dem Auto.
Doch die Freude ist getrübt.
Du arbeitest jetzt eigentlich mit anderen Gleichaltrigen?
Das Unterschied ist, dass ich subsidiär schutzab.
Das macht einen großen Unterschied.
Grund dafür macht, ist in der Grundversorgung.
Das heißt, der Staat zahlt für Wohnung und Essen.
Von der Lehrlingsentschädigung bleibt ihm so gut wie nichts,
weil der Verdienst an die Grundversorgung zurückgezahlt werden muss.
Es ist halt schlecht, weil kann nichts sparen.
Wenn ich etwas vorhabe, kann ich nichts machen.
Es wird so bleiben.
Besonders schwierig wird es dann,
dass sie ausziehen müssen, Murmai ist so ein Fall.
Er wird in drei Monaten 21 und muss raus.
Ich habe gar nichts, ich habe gar nichts gespart.
Und wie kann ich mein Leben leisten?
Das weiß ich nicht.
Muss ich mich draußen leben oder woanders?
Um sich eine Wohnung leisten zu können, bräuchte etwas Staatskapital.
Und genau das hat er eben nicht.

Statt etwas zu sparen,
muss der Verdienst an die Grundversorgung zurückgezahlt werden,
sagt Gabriel Jung von Jugendammwerk.
Ich habe 465 Euro seit September letzten Jahres.
Murmai hat trotzdem immer gearbeitet, sobald es möglich war.
Seit 2008, ich arbeite ganz oft.
Ich habe im Magnonor gearbeitet.
Ich habe im Labor beim Coronatest gearbeitet.
Und jetzt habe ich eigentlich mein Lehrer seit zwei Monaten.
Murmai war 13, als er nach Österreich gekommen ist.
Nun hat er seit einigen Monaten eine Lehrstelle als Metzger,
ein Mangelberuf, wo Leute dringend gesucht werden.
Immer wieder fragt er sich, was er falsch macht,
dass er nicht gleich behandelt wird, wie die anderen Jugendlichen in seinem Alter.
Ich will also normal wie alle anderen leben.
Also ein Dach, rüber mein Kopf, ein eigenes Zimmer.
Und essen fertig aus, mehr will ich nicht.
Ich will auch normal wie andere Leute halt leben.
Aber leider haben wir kein Champs, so schaut aus.
Integration sieht anders aus, sagt Tanja Lang,
die pädagogische Leittrin bei Jugendammwerk.
Kann ich Ihnen sagen, aus meiner Erfahrung,
die meisten dieser Jugendlichen kommen mit dieser Absicht,
so schnell wie möglich eine Ausbildung zu machen und arbeiten zu gehen
und selbstständig zu sein.
Und durch dieses System zwingen wir die Burschen dazu,
letztlich dann wieder jahrelang vielleicht in einem Grundversorgungsquartier zu sitzen,
wenn sie ihre Ausbildung fertig machen wollen.
Und das ist natürlich Wahnsinn.
Die Jugendlichen werden nicht belohnt, sondern das System bestraft sie.
Ja, ich würde mir wünschen,
dass in diesem System hier jeder Jugendliche gleich behandelt wird.
Egal ob er positiv im Asyl bescheid hat,
ob er gebürtiger Österreicher ist oder subsidiären Schutz.
Also da geht es für mich auch um Kinderrechte.
Denn die Kinder- und Jugendhilfe, seine Hilfe für alle.
Unabhängig vom Aufenthaltstitel.
Den Anteil von Biogas erhöhen, das ist das Ziel des sogenannten Erneuerbaren Gasegesetzes.
Gasversorger müssen bis 2030 je 7,7% des bisher meisterrussischen Erdgases
durch in Österreich erzeugtes Biogas ersetzen.
Wird die Quote nicht erreicht, soll eine Ausgleichszahlung geleistet werden.
Die Begutachtungsfrist ist dieser Tage zu Ende gegangen.
Zu teuer und zu wenig ambitioniert lauten nur einige der Kritikpunkte Peter Darfass zusammen.
Die Umweltorganisation Global 2000 kritisiert,

dass das neue Gesetz eine zu geringe Menge an Biogas zum Ziel habe, pro Jahr 7,5 Terawattstunden, das sei zu wenig, um russisches Gas zu ersetzen. Laut Gesetz sollen Gasunternehmen, die den vorgegebenen Biogasanteil nicht erreichen, eine Ausgleichszahlung von 20 Cent pro fehlender Kilowattstunde leisten. Mit dem Geld sollen dann wiederum Biogasanlagen gefördert werden. Die Arbeiterkammer schreibt, die starre Festschreibung der Höhe des Ausgleichsbetrags ist nicht zielführend. Sie behindert den Wettbewerb und führt zu hohen Kosten. Gefördert wird stattdessen ein jährlich neu festzulegender Betrag, auch von der Gewerkschaft, denn es sei... ..zu befürchten, dass starfestgeschriebene Ausgleichsbeträge als fester Referenzwert und ohne Ausnutzung des Wettbewerbs zwischen den Erzeugern an die Endkonsumentinnen weitergegeben werden. Der Stromversorger verbund wiederum warnt vor höheren Kosten für Gaskraftwerke. Unter Berufung auf eigene Berechnungen heißt es, dass die in Österreich befindlichen Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt werden. Österreich wird somit einerseits dringend notwendige flexible Erzeugungskapazität verlieren und andererseits verstärkt auf Stromimporte angewiesen sein. Die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Stromimportabhängigkeit wird noch weiter zunehmen und die Versorgungssicherheit erheblich reduziert werden. Laut dir für das Gasnetz zuständigen Austrian Gas Grid Management wären Versorger künftig gezwungen, fast jeden Preis für Biogas zu zahlen, um Ausgleichszahlungen zu vermeiden. Zitat. Die Versorgerquote schafft nämlich einen lupenreinen Verkäufermarkt, da in der Hochlaufphase Biomethan ein knappes Gut sein wird. Weiters schafft sie eine Marktmacht der Biomethanproduzenten und daher entstehen keinerlei Effizianzanreize. Kritik an den Ausgleichszahlungen kommt auch vom Fachverband Gaswärme der Wirtschaftskammer. Weiter heißt es. Zudem ist auch fraglich, ob das vorgesehene Quotenmodell einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten würde, da Unternehmen zur Strafzahlungen verpflichtet werden, auf die sie bedingt durch möglicherweise zeitnah nicht ausreichend verhandener Grüngasmengen selbst keinen hundertprozentigen Einfluss haben. Aus dem Energieministerium heißt es, in einer ersten Reaktion auf die im Parlament eingelangten Stellungnahmen heimisches Biogas ersetze, direkt russisches Erdgas. Das neue Gesetz Sorge dafür, dass der Anteil in Zukunft Jahr für Jahr steige. Dafür brauche es Verbindlichkeit. Diese werde mit den Ausgleichszahlungen sichergestellt. Die Reifeisenbank International musste sich zuletzt für ihr nach wie vor florierendes Geschäft in Russland viel Kritik gefallen lassen. Der ehemalige erster Group-Chef Andreas Treichel sieht das etwas differenzierter. Es gibt sehr, sehr, sehr viele Firmen in Österreich,

die in den unterschiedlichsten Branchen tätig sind,
die seit Jahrzehnten ein extrem hohes und auch gutes Geschäft mit Russland gemacht haben.
Und übrigens auch mit der Ukraine und anderen Ländern in den ehemaligen Sowjetrepubliken.
Das war in vielen Jahrzehnten eine große Stärke Österreichs.
Dass Österreich sich jetzt schwerer tut mit dem Zurechtkommender Sanktionen und der Situation insgesamt,
ist verständlich, weil es ganz einfach ein viel größeres Ausmaß am Gesamtumsatz der österreichischen Wirtschaft hat als in vielen anderen Ländern.
Sagt Andreas Treichel erst heute Mittag im Journal zu Gast.
Zyniker würden sagen, Israel und Bulgarien liefern sich ein Matchdarum, wenn kürzester Zeit am öftesten wählen lässt.
In Bulgarien finden morgen zum fünften Mal innerhalb von zwei Jahren Parlamentswahlen statt.
Derzeit für deine parteilose Übergangsregierung die Amtsgeschäfte.
Nach der letzten Parlamentswahl im Oktober sind alle Versuche, eine Regierung zu bilden, gescheitert.
Dabei gäbe es für eine handlungsfähige Regierung mehr als genug zu tun, berichtet aus Sofia Ernst Geleks.
Die meisten Bulgarinnen und Bulgarien sind es bereits übertrüssig, vierteljährlich wählen zu gehen.
Sie wollen endlich eine Regierung, die wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Inflation setzt.
Die derzeit amtierende parteilose Übergangsregierung hat es zwar geschafft, mit Hilfe einer Strompreisbremse für die Industrie die Inflation zu senken,
aber das reicht noch nicht, wie der Vizepremier der Übergangsregierung Atanas Bekanov sagt.
Die Inflation ist jetzt bei 13%. Letzten September war es bei 18. Wir haben wichtige Schritte gemacht, um die Inflation zu dämpfen,
aber es ist noch nicht ausreichend, da sehen wir klar.
Vor allem die Preise der Lebensmittel sind zum Teil regelrecht explodiert.
Es gibt Preissteigerungen von 30 bis 40%.
Das ist bei einem Durchschnittslohn von 800 Euro brutto pro Monat für viele eine glatte Katastrophe.
Der Übergangsvizepremier Bekanov sieht dringenden Handlungsbedarf.
Jetzt müssen wir eigentlich bei den Lebensmittelpreisen auch etwas tun, weil dort sieht man vor allem eine sehr hohe Inflation.
Vor allem sogar bei absoluten Zahlen sind einige von den Lebensmitteln in Sofia teurer als in Wien.
Zum Beispiel bei Milch und bei Eier kann man sowas sehen.
Viele Menschen in Bulgarien sind gezwungen, weniger einzukaufen, wie uns Passanten sagen.
Wenn ich meinen Einkauf mit früher vergleiche, muss ich sagen, dass ich für mehr Geld jetzt weniger Produkte bekomme.
Am meisten gebe ich für Lebensmittel aus und fürs Heizen, weil die Heizkosten auch sehr hoch sind.
Der Druck der Bevölkerung auf die Führung an der Partei endlich Kompromisse einzugehen und eine Regierung zu bilden,
ist wesentlich höher geworden, wie der Politologe Daniel Smilow sagt.
Der öffentliche Druck, eine Regierung zu haben, ist viel höher.
Im 240 köpfigen Parlament sitzen derzeit sieben Parteien, die sich bisher untereinander zu stritten und Kompromissunwillig gezeigt haben.

Das dürfte sich nach der morgigen bereits fünften Wahl ändern, weil die Parteien mittlerweile erkannt haben, dass sie so nicht mehr weitermachen können.

Laut Umfragen dürften diesmal nur fünf bis sechs Parteien ins Parlament einziehen.

Eine breite Regierungskoalition ist zwar nach wie vor nicht in Sicht, aber zumindest eine Minderheitsregierung, die nicht so schnell gestürzt werden dürfte, weil niemand eine sechste Wahl im Sommer haben will.

Gut Ding braucht Weiler, heißt es aber, nach fast zweijährigen Sondierungsgesprächen über das zukünftige Verhältnis der Schweiz zur EU scheint jetzt Bewegung in die Sache zu kommen.

Alle 26 Kantone haben sich für rasche Verhandlungen mit der Europäischen Union ausgesprochen. Der Schweizer Bundesrat seinerseits hat den Auftrag zur Ausarbeitung von Eckpfeilern für ein Verhandlungsmandat erteilt.

Das klingt nicht gerade nach überstürzt, manchen geht es aber immer noch zu schnell, berichtet Marion Flatzmesser.

Der Schweizer Bundesrat stellt fest, dass es in den Gesprächen zwischen der Schweiz und der EU auf technischer, diplomatischer und politischer Ebene eine positive Dynamik gibt.

Das schreibt der Bundesrat in einer Aussendung.

Es geht nun darum, für die noch offenen Fragen Lösungen zu erarbeiten, um die gemeinsame Basis für die Vorbereitung eines Verhandlungsmandats festzulegen.

Kurz und einfach erklärt, will die Schweizer Regierung Nägel mit Köpfen machen. Bis Ende Juni sollen die Schweizer Positionen in groben Zügen stehen, Bundespräsident Allier-Berse.

Wir brauchen eine stabile Beziehung, gute Beziehung, die Schweiz ist sehr integriert, das wissen Sie auch, wir haben mehr als 120 bilaterale Verträge entwickelt in der Zwischenzeit.

Es ist ja ein steiniger Weg, ab und zu, wir müssen immer uns die Mühe geben, was wir entwickeln, aber wir bemühen uns wirklich, einfach die Schritte zu tun, damit wir eine gute, stabile Situation entwickeln können und ich glaube, der Bundesrat hat diese ganze Zeit ziemlich viel gearbeitet.

Vor einigen Tagen hatten sich die Kantonsregierungen auf eine gemeinsame Position geeinigt.

Der Bundesrat musste Kantone zur Rate ziehen, wenn er Verhandlungen starten will.

Markus Diet ist der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen.

Ja, wenn man Lösungen haben will, irgendwann einen gewissen Zeitpunkt, muss man sicher aus der Sondierungsphase herauskommen und dann irgendwann wieder in eine Verhandlungsphase kommen, das ist sicher das Interesse der Kantone, dass die Türen hier wieder aufgehen.

Für Gegner und Befürworter der Verhandlungen mit der EU kam der Schritt dann doch etwas unerwartet.

Thomas Eschi von der Schweizerischen Volkspartei kritisiert den Bundesrat.

Jetzt habe ich schockiert, dass der Bundesrat jetzt doch einen Rahmenabkommen plant. Wir werden die Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof und damit die Aushebelung der Schweizer Fokus und die automatische Übernahme von EU-Rechten mit aller Entschiedenheit bis an die Urne bekämpfen.

Roger Nordmann von den Sozialdemokraten begrüßt den Schritt.

Der Bundesrat möchte vorwärts machen und zum ersten Mal hat er auch konkrete Vorgehungen dafür getroffen, nämlich er lässt vom Wirtschaftsdepartement Lösungen erarbeiten, wie man den Nordschutz erhalten kann, auch wenn man ihn leicht ändern muss.

Und das ist die Basis, dass diese Verhandlungen Erfolg haben, finde ich gut.

Bekannt Positionen wurden wieder einmal bestätigt.

Die EU hat in einer ersten Stellungnahme positiv reagiert und begrüßt die Entscheidung der Schweizer Regierung.

Kultur jetzt in diesem Journal. Düsseldorf hat Tradition als Kunst-Hotspot im deutschsprachigen Raum.

An der Kunstakademie lehrten Josef Beuys und Maler Fürst Jörg Immendorf.

In den Galerien zeigte man schon früh Ikonen der Pop-Art. Ein kaufkräftiges Publikum entwickelt eine wahre Sammlerleidenschaft. Auf eben diese Sammler hoffen auch viele österreichische Galerien an diesem Wochenende auf der Art Düsseldorf.

Christian Scheucher hat sich am Rhein unter die Galeristen gemischt.

Die Kunst des Alltags, Kritzeleien und Notizen, die belanglos erscheinen und ohne großen Bedacht entstehen, wird oft übersehen.

Dieser Kunst der Beiläufigkeit verschafft die Wiener Malerin Charlotte Klobasser einen großen Auftritt.

In Schreibwaren und Künstlerbedarf-Läden sucht die Künstlerin nach Papier, auf dem Pinsel und Stifte ausprobiert werden.

Auf der Art Düsseldorf zeigt die Wiener Galerie Zeller van Almsik eine Solo-Präsentation der Künstlerin Charlotte Klobasser.

Galerist Cornelis van Almsik folgt dem Ruf der viel zitierten rheinischen Sammler-Tradition, dass die Standgebühren dank der großzügigen Post-Corona-Förderungen des Deutschen Bundes relativ gering sind, mag die Entscheidung nach Düsseldorf zu kommen befördert haben.

Doch auch die Strahlkraft des Standortes habe mitgespielt, so Cornelis van Almsik.

Es hat diese Tradition und wir denken eben auch, dass wir als junge Galerie da durchaus etwas zu sagen haben, dass wir da auch schon gemerkt haben, da besteht Interesse und das ist super spannend für uns.

Trotz des Krieges im Herzen Europas, einer Rekordinflation in der Eurozone und einer Energiekrise, die Kosten für Veranstalter und Aussteller explodieren lässt, kann sich die fünfte Ausgabe der Art Düsseldorf gut behaupten.

Fraglich freilich, ob der Standort überleben kann, wenn die Fördertöpfe für Corona-Hilfen endgültig versiegt sind, der Direktor der Art Düsseldorf Walter Geelen gibt sich naturgemäß optimistisch.

Nicht nur wir als Messe stehen vor explodierenden Kosten, was Personal, Energie, Materialkosten angeht, sondern auch die Aussteller haben unglaubliche Belastungen durch Transporte und so weiter. Und insofern sind wir auch jetzt diesem Marktproblem tatsächlich wieder erfolgreich entkommen durch diese großzügige Unterstützung.

Insofern bin ich zuversichtlich, dass es auch für diese schwierige Situation, die uns in Zukunft erwartet, passende Lösungen geben wird.

Große Player wie die Art Basel haben gezeigt, dass man die Resilienz des Kunstmarktes nicht unterschätzen darf. Trotz Krise, vermeldete man in Basel 2022 Rekorde.

In Düsseldorf werden freilich deutlich kleinere Brötchen gebacken. Der Galerist Judy Lübcke mit Standorten in Berlin und Leipzig hofft dennoch auf ein erfolgreiches Wochenende.

Wir müssen natürlich auch hingucken, dort, wo produziert wird. Wir müssen hingucken, wo die ganzen Firmen sind, wo Leute sind, die sich auch Kunst leisten können.

Hier im Ruhrgebiet sind einfach die Sammler, die jetzt vielleicht noch nicht die Zeit haben, ständig nach Leipzig oder Berlin zu fahren. Also kommen wir her.

In den 2000er Jahren folgte die deutsche Kunstkaravane, dem sogenannten Hauptstadtzug und Zug

vom Rheinland nach Berlin, bis heute übrigens international eine der Städte mit der höchsten Galeriendichte.

Bis Sonntag, allerdings, findet man viele Berliner Galerien in Düsseldorf.

Sie wurde erst posthum berühmt, die jüdische Künstlerin Charlotte Salomon, die 26-jährig von den Nazis ermordet wurde.

In weniger als eineinhalb Jahren hat sie einen beeindruckenden Bilderzyklus geschaffen mit hunderten von Quaschen, die die Lebensgeschichte eines jüdischen Mädchens im Berliner Nazi-Zeit erzählen.

Leben oder Theater nannte Salomon ihr umfangreiches Werk, das nun in Auszügen im Münchner Lenbach Haus zu sehen ist, Wolfgang Seibel berichtet.

Eine Frau, halb von hinten, halb von der Seite gezeigt, sitzt auf einem großen Koffer, vor ihr ein Sofa, darauf ein weiterer Koffer, ein riesiger, offener Koffer, der wie eine offene Frage wirkt. Wo geht es hin? Was nehmen wir mit?

Das Bild, eine eindringliche Szene mit existenzieller Wucht vor dem Aufbruch ins Exil, hat Charlotte Salomon gemalt zwischen 1940 und 1942, als sie in Südfrankreich ihr Lebenswerk schuf mit dem Titel Leben oder Theater.

Was sieht man denn hier? Es ist bestimmt kein Tatsachenbericht, kein faktischer Tatsachenbericht, es ist aber auch keine komplett frei erfundene Geschichte. Es ist eben irgendwas dazwischen, ein bisschen Leben, ein bisschen Theater.

Sagt der König, Kurator an der städtischen Galerie in Lenbach Haus München, das jetzt im Kunstbau eine Auswahl aus dem Singespiel zeigt, wie die Künstlerin ihr mit erläuterten Texten und Musikangaben versehenes Werk nennt, dessen komplettes Konvolut 769 Quagen, dazu hunderte transparenter Textblätter, das jüdische Museum Amsterdam aufbewahrt.

Die jüdische Malerin Charlotte Salomon, 1917 in Berlin geboren, 1943 in Auschwitz ermordet, erzählt in Leben oder Theater eine Lebensgeschichte, ihre Lebensgeschichte leicht fiktionalisiert. Die Protagonisten heißen Sing-Sang, Bim-Bam, Dr. Kann oder Herr Knarre und sind realen Personen nachgeformt, dem Vater, dem Großvater, der geliebten Stiefmutter einer jüdischen Sängerin oder dem Gründer des jüdischen Kulturbundes in Berlin.

Der Zeitraum des Zyklus erstreckt sich von 1913 bis 1940, vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Besetzung Frankreichs durch Hitler-Deutschland. Zentrale Motive sind die Familie, das Theater, die Arbeit im Atelier, der Geliebte, der Tod, die antisemitischen Ausschreitungen, der unauffaltsame Aufstieg der Nazis und das Exil.

Salomons Bildsprache ist mal detailverliebt und kleinteilig, mal gestischfrei und expressiv, mal ohne Schrift, mal mit massiven Textblöcken, humorvoll, aber auch melancholisch und immer hoch emotional.

Es ist natürlich schon so, dass sie mit den verschiedenen Sugiers spielt, mit den verschiedenen Zeitepochen in der Kunstgeschichte spielt. Man sieht Ketel-Kolwitz genauso wie an einigen Momenten vielleicht Schagall durch Schimmern. Gleichzeitig entwickelt sie eine ganz interessante eigene Bildsprache und man darf die vergessen, dass neben dem Bild natürlich auch der Text essenzieller Werkbestandteil ist.

Erstmals 1961 in Teilen gezeigt, hat Charlotte Salomons Werk eine enorme Wirkungsgeschichte entfaltet. Nicht nur Kunsthistoriker, auch Schriftsteller, Komponisten, Film und Theatermacher hat es inspiriert. Warum das so ist, kann man nun in München nachvollziehen. Etwa ein Drittel des gesamten Zyklus wird hier präsentiert. Eine großartige Hommage an eine einzigartige Künstlerin.

Die Meldung hat jetzt noch Christina Greins. Die Anklage gegen ex-US-Präsident Donald Trump wird kommenden Dienstag in New York offiziell verlesen. Er wird beschuldigt, eine Schweigegeldzahlung in Höhe von 130.000 Dollar an die Porno-Darstellerin Stormy Daniels fälschlicherweise als Anwaltskosten im Wahlkampf verbucht zu haben. Das ist eine Verletzung der US-Wahlkampffinanzierungsgesetze.

In Teilen der USA wüten derzeit Tornados. Im Bundesstaat Arkansas haben zwei Tornados nahe der Stadt Little Walk Verwüstung angerichtet. Es gibt mindestens drei Tote und zahlreiche Verletzte. Die Stadt hat die Nationalgarde um Hilfe gebeten. Es gilt der Notstand im ganzen Bundesstaat.

In sechs Bundesstaaten des mittleren Westens erwarten die Wetterstationen derzeit mehr als 40 mögliche Tornados. In acht Bundesstaaten sind durch schwere Unwetter und die aktuellen Tornados derzeit 300.000 Haushalte ohne Strom.

Die ukrainische Militärführung wirft den russischen Streitkräften vor sich erneut auf zivile Ziele zu konzentrieren. Unter anderem seien Saporischje sowie andere Orte mit Raketen angegriffen worden. Zudem seien Kamikaze-Dronen abgeschossen worden, gibt der ukrainische Generalstab bekannt.

Der IWF genehmigt Milliardenhilfe für die Ukraine. Das gestern genehmigte Kreditprogramm ist 15,6 Milliarden Dollar schwer und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Der Genehmigung ging ein monatelange Verhandlungen voraus.

Der IWF hat zuletzt seine Regeln geändert um Kreditprogramme für Länder zu ermöglichen, die mit außergewöhnlich hoher Unsicherheit konfrontiert sind. Es handelt sich damit um den ersten Kredit des IWF an ein Land im Krieg.

Im Schweizer Kanton Bern sind gestern bei stürmischen Wetter zwei Regionalzüge entgleist. Insgesamt sind 15 Personen verletzt worden, eine davon schwer.

Mögliche Ursachen sind starke Windböen. Zum Zeitpunkt der Entgleisung tobte ein Sturm. Und das Wetter heute in Österreich bleibt überwiegend bewölkt mit ein paar Regen und Schneeschauern.

Auch einzelne Gewitter sind möglich. Die Temperaturen steigen meist auf 8 bis 17 Grad.

Vielen Dank auf Wiederhören um 8, sagt Barbara Schieder. Bis dahin übernimmt wieder Lisa Lena Tritscher.

Willkommen zurück und nun Musik von Johann Christoph Friedrich Bach für Sie in den nächsten dreieinhalb Minuten. Der dritte Satz aus seiner Symphonie in Esdur.

Das neue bachische Kollege im Musikum Leipzig musiziert unter der Leitung von Burkhard Kletzner.